



Sportausschuss

29. Sitzung (öffentlich)

16. Februar 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Vorsitz: Axel Wirtz (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Sicheres Schwimmen kann Leben retten – Schwimmfähigkeit am Ende der Grundschulzeit überprüfbar definieren	4
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/10293	
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/10481	

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

Sportausschuss

16.02.2016

29. Sitzung (öffentlich)

Bar

2 Glücksspiel und Sportwetten EU- und verfassungsrechtskonform gestalten 5

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10294

Der Ausschuss gibt kein Votum ab.

3 Halbzeitbilanz des Programms „NRW bewegt seine KINDER!“ 7

LSB-Präsident Walter Schneeloch berichtet.

4 Kompetenzzentrum Integration und Inklusion im Sport 17

Bericht des Landessportbundes NRW

– Bericht von LSB-Präsident Walter Schneeloch

– Bericht von Siegfried Blum (LSB)

5 Auswirkungen des Doping- und Korruptionsskandals der IAAF auf das Sportland NRW 25

Vorlage 16/3675

6 Aktueller Sachstand bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen 27

Vorlage 16/3677

7 Sachstandsbericht über die Novellierung der Freizeitlärmrichtlinie 32

Bericht der Landesregierung

MDgt Dr. Diana Hein (MKULNV) erstattet Bericht.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Axel Wirtz teilt mit, dass sich die Ministerin für diese Sitzung entschuldigen lasse, weil sie im Ausland weile.

1 **Sicheres Schwimmen kann Leben retten – Schwimmfähigkeit am Ende der Grundschulzeit überprüfbar definieren**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/10293

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 16/10481

Vorsitzender Axel Wirtz teilt mit, der Antrag der Fraktion der FDP sowie der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen seien durch Plenarbeschluss vom 16. Dezember 2015 zur Federführung an diesen Ausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen worden. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollten in diesem Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2015 habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass im Zusammenhang mit dem Antrag bzw. dem Entschließungsantrag durch Herrn Prof. Dr. Theodor Stemper und Frau Britta Kroll sowie durch das Sportministerium über die Evaluationsergebnisse der Landesaktion „QuietschFidel – Schwimmen lernen in NRW“ berichtet werde. Da es sich hierbei nach der Geschäftsordnung um eine Hinzuziehung von Sachverständigen handele, müsse diese zunächst beschlossen werden.

Er habe aber gerade erfahren, dass die FDP noch einen anderen Vorschlag habe.

Dr. Björn Kerbein (FDP) beantragt eine Anhörung.

Vorsitzender Axel Wirtz geht davon aus, dass das Anliegen der Grünen dann mit berücksichtigt werde.

Der **Ausschuss** beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

2 Glücksspiel und Sportwetten EU- und verfassungsrechtskonform gestalten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10294

Vorsitzender Axel Wirtz informiert, der Antrag sei mit Plenarbeschluss vom 2. Dezember zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss und zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an diesen Ausschuss überwiesen worden. Der Ausschuss habe eine Mitberatungspflicht bis zum 2. März 2016.

Dr. Björn Kerbein (FDP) wirbt angesichts der bekannten Ausgangslage um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Rainer Bischoff (SPD) entgegnet, im Hauptausschuss – so habe es der Leiter der Staatskanzlei in der Plenardebatte auch ausgeführt – habe es im November eine Absprache aller Parteien gegeben, also auch mit Zustimmung der FDP, wie man sich im Hauptausschuss des Themas annehmen werde. Jetzt wolle die FDP hier im Sportausschuss aber von diesem vereinbarten Verfahren abweichen und dränge auf eine Abstimmung.

Wenn in dieser Sitzung abgestimmt werden müsse und sich die Abstimmung nicht verschieben lasse, spreche er sich dafür aus, kein Votum abzugeben und dem Hauptausschuss die Entscheidung zu überlassen. Denn es handele sich eindeutig um den Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses. Das sei keine Sportangelegenheit, sondern eine Wettangelegenheit.

Holger Müller (CDU) bedauert, dass in dieser sehr komplizierten Angelegenheit nichts vorangehe, und schließt sich dem Vorschlag an, kein Votum abzugeben.

Dr. Björn Kerbein (FDP) findet es sehr bitter, dass Herr Lersch-Mense in der Plenardebatte auch gesagt habe:

„Das Glücksspielkollegium hat sich als funktionsfähiges Entscheidungsgremium bewährt.“

Er erinnere an das Urteil vom Verwaltungsgericht Wiesbaden. Es komme selten vor, dass ein Gericht so harsch mit dem Glücksspielkollegium umgehe. Vor dem Hintergrund sei die Aussage von Herrn Lersch-Mense doch sehr bemerkenswert. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden kritisiere das Verfahren folgendermaßen:

„Die Ausschreibung erfülle jedoch nicht die Anforderungen an ein transparentes und diskriminierungsfreies Auswahlverfahren, weil nicht alle Kriterien für die Konzessionierung im Voraus bekannt gewesen seien. Die Bewerber hätten weder aus der Ausschreibung noch aus dem Gesetzestext des Glücksspielstaatsvertrags voll umfänglich entnehmen können, was letztlich für eine erfolgreiche Bewerbung von ihnen gefordert werde.“

Diese Kritik setze sich weiter fort. Zum Schluss werde das Glücksspielkollegium dahingehend kritisiert: Die sieben Jahre seien nicht dazu da, zu experimentieren, wie eine Behörde ordentlich zu handeln habe, sondern das sei für die Wettanbieter gedacht gewesen zur weiteren Optimierung.

Wenn Herr Lersch-Mense dann sage, das sei alles funktionsfähig und sehr, sehr schön, habe er damit Probleme.

Angeblich seien die Gerichte in ihren Urteilen ja zu unterschiedlichen Auffassungen gekommen. Das sei mitnichten so. Auch der bayerische Verfassungsgerichtshof habe nie gesagt, dass das Glücksspielkollegium rechtlich in Ordnung wäre, sondern der sei darauf gar nicht eingegangen.

Er sei damit einverstanden, dass der Ausschuss kein Votum abgebe.

Der **Ausschuss** gibt kein Votum ab.

3 Halbbilanz des Programms „NRW bewegt seine KINDER!“

LSB-Präsident Walter Schneeloch berichtet (*siehe ergänzend Anlage zu TOP 3*):

Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär, meine sehr verehrten Abgeordneten, vielen Dank, dass ich heute einmal mehr Gelegenheit habe, Projekte des Landessportbundes hier vorzustellen, einmal das Programm „NRW bewegt seine KINDER!“, das jetzt seit fünf Jahren läuft, mit einer Halbbilanz und dann unser neu eingerichtetes Kompetenzzentrum Integration und Inklusion.

Der Sportausschuss des Landtages verfolgt mit viel Interesse und Wohlwollen unsere Arbeit für den Kinder- und Jugendsport im Lande, die wir seit 2010 im Programm „NRW bewegt seine KINDER!“ gebündelt haben. Dass wir heute hier die erste Programmphase bilanzieren und über die Fortschreibung des Programms bis 2020 informieren können, mag als business as usual erscheinen, für uns ist es das nicht. Sie als Sportpolitiker in diesem Lande und natürlich auch die Landesregierung haben uns als zivilgesellschaftlicher Organisation etwas sehr Wertvolles gegeben, Vertrauen und „Beinfreiheit“, um Sportentwicklung für unser Land ganz stark mit gestalten zu können.

Der Pakt für den Sport ist ein absolut schlankes Steuerungsmodell. Das schafft Handlungsfähigkeit und Motivation, setzt Kräfte frei durch das Erleben von Selbstwirksamkeit. Auf dieser Basis konnte ein Programm wie „NRW bewegt seine KINDER!“ entstehen und damit eine in Sportdeutschland – wie Alfons Hörmann wohl sagen würde – sehr bemerkenswerte Erfolgsgeschichte, über die ich heute gerne berichte.

Dabei möchte ich erstens auf einige Grundlagen der Arbeit im Programm eingehen, zweitens einen kurzen Film zur Halbbilanz zeigen und drittens und abschließend zentrale Punkte zum Gelingen der nächsten Programmphase ansprechen.

Ich komme zum Ersten, Grundlagen der Programmarbeit, zunächst Sportvereine im Mittelpunkt von „NRW bewegt seine KINDER!“. Die NRW-Sportvereine in der aktuellen Situation zwischen traditionellem Kerngeschäft und einer sich rapide wandelnden Bildungslandschaft für Kinder und Jugendliche sind Ausgangs- und Zielpunkt des Programms „NRW bewegt seine KINDER!“. Sie müssen sich mit der Frage der Positionierung und Ausrichtung zwischen Sportbedürfnissen der Mitglieder und den gesellschaftlichen Bedarfen und Erwartungen befassen. Entscheidungen über ihr Profil und ihre Angebote treffen sie als Interessengemeinschaft der Mitglieder autonom, auch vor dem Hintergrund weiterer aktueller Anforderungen wie dem demografischen Wandel, der Aufnahme von Flüchtlingen oder der Inklusion. Für diese Entscheidungen gibt das Programm „NRW bewegt seine KINDER!“ Orientierungen.

Zentral ist es, die eigenen Angebote der sportlichen und außersportlichen Kinder- und Jugendarbeit der Sportvereine zu sichern und für Zielgruppen wie beispielsweise sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche auszubauen.

Die Vereinsentwicklung der kommenden Jahre muss sich zudem an den Veränderungen der Bildungs- und Betreuungssysteme orientieren und gezielte und flächendeckende Zugänge der Institution Verein zu den Institutionen Kindertageseinrichtung, Kindertagespflege und Schule schaffen.

Die Aufgabe, sich in den gegenwärtigen Umbrüchen stark aufzustellen, dauert an und muss weiter intensiv programmatisch und politisch vorangetrieben werden. Information, Beratung und Hilfen, um entsprechende Strukturen und Angebote zu schaffen, leisten insbesondere die Fachkräfte im Programm „NRW bewegt seine KINDER!“.

Die durch den Ganzttag auch in den Kindertagesstätten ausgelösten Entwicklungen und Erfordernisse sind komplex und keinesfalls abgeschlossen. Die Öffnung von Schule, die neue Verantwortung der Kommunen in der Bildungspolitik, ein neues Selbstbewusstsein der Zivilgesellschaft für ihre Bildungsleistungen und vieles mehr haben dazu geführt, dass der Ganzttag nicht mehr als isoliertes Phänomen gesehen wird. Der bildungspolitische Blick weitet sich.

Der Begriff der lokalen Bildungslandschaft steht für das Bewusstsein, dass an gelingenden Bildungsverläufen verschiedene Institutionen und Personen beteiligt sind. Der Aufbau und das Management lokaler Bildungslandschaften sind ein realer Politikansatz, der Bildungsnetzwerke für bestimmte Aufgaben aktiviert.

Die Aufgabe, um die es hier geht, ist die Kinder- und Jugendsportentwicklung. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, eine angemessene Rolle des zivilgesellschaftlichen Sports in den entstehenden Bildungsnetzwerken zu finden und diese einzunehmen.

Für die Sportvereine gibt es zwei Zugänge, als Bildungsakteur mit vereinseigenen Angeboten und Strukturen in der sportlichen und außersportlichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und als Bildungspartner, der mit örtlichen Kindertageseinrichtungen, Ganzttagsschulen, Jugendeinrichtungen usw. auf unterschiedliche Weise kooperiert.

Für die Stadt- und Kreissportbünde geht es in der Gremien- und Netzwerkarbeit vor Ort darum, aktiv die Entscheidungen, die den Sport betreffen, mitzugestalten.

Eine andere Aufgabe für den Sport ist es, auch lokale und regionale Zugänge und Beteiligungsmöglichkeiten für die auf Landesebene organisierten Fachverbände und deren zum Teil vorhandene lokale Untergliederungen zu finden. Das Fortkommen auch auf diesem Weg hängt zentral von den Fachkräften im Programm „NRW bewegt seine KINDER!“ ab.

Kinder- und Jugendsportentwicklung im Verbundsystem des NRW-Sports: Das 2010 mit der Duisburger Erklärung vom Verbundsystem verabschiedete Programm „NRW bewegt seine KINDER!“ enthielt Ansätze für einen Sportentwicklungsprozess, die sich in den ersten fünf Jahren der Umsetzung weiter konkretisiert haben. Wesentliche Aspekte dieses Sportentwicklungsansatzes sind:

Inhaltlich werden alle wesentlichen Elemente und Bezüge des Kinder- und Jugendsports integriert und in Bezug zur Vereinsentwicklung gebracht.

Strategisch werden keine Leuchttürme, sondern eine möglichst flächendeckende Umsetzung angestrebt. Deshalb beträgt die Laufzeit zehn Jahre.

Die gemeinsame Entwicklung und Verabschiedung macht „NRW bewegt seine KINDER!“ zur Sache des gesamten Verbundsystems. Nach innen ist sie Selbstverpflichtung, nach außen klare Orientierung, was wir tun werden.

„NRW bewegt seine KINDER!“ ist ein Arbeitsprogramm mit einer festgelegten Zahl von Zielen – 24 – und Maßnahmen – 66 – für die Landes- und lokale Ebene.

Arbeitsprinzipien sind Partizipation und Vernetzung. Zentrale Schritte auf der Landesebene werden gemeinsam entwickelt. Vorgehensweisen und Ergebnisse der Bünde und Verbände werden allen verfügbar gemacht.

Für die Evaluation und Steuerung dieses komplexen Sportentwicklungsprozesses sind Basisdaten definiert und ein System zur regelmäßigen Erhebung und Ergebnisdarstellung für die lokale Ebene entwickelt worden. Das heißt, wir haben relevante Daten zum Kinder- und Jugendsport in jeder lokalen Bildungslandschaft.

Eine Schlüsselrolle für die erfolgreiche Umsetzung dieser Sportentwicklungsstrategie im Verbundsystem haben natürlich wieder einmal die Fachkräfte, die aktuell auch extern durch das Institut für soziale Arbeit in Münster evaluiert werden.

Und nun der Film zur Halbzeitbilanz!

(Der kurze Film wird gezeigt.)

Ich komme zum dritten und letzten Punkt. Was ist entscheidend für das Gelingen von „NRW bewegt seine KINDER!“ 2015 bis 2020?

Schwerpunkt I: Rahmenvereinbarung Land, Landessportbund, Sportjugend, Trägerverbände zur Bewegungsförderung von Kindertageseinrichtungen, Förderprogramm Kita, Sportverein. Hier geht es um das Nachholen von Entwicklungen, die im Schulbereich seit Jahren bzw. Jahrzehnten bestehen.

Schwerpunkt II: Umsetzung der Formel 3+2+x. Zwei Stunden Sport im Ganztage durch Vereine. Das wird in der Breite nur gelingen, wenn über Sportbudgets und Generalverträge ein direkter Zugang des Sports zu den entsprechenden Finanzmitteln geschaffen wird. Ausweitung des Sporthelferprogramms. NRW kann da noch mehr als die sicher schon beachtlichen 1.000 Schulen mit jährlich 7.000 ausgebildeten Sporthelfern. Niemand wird sinnhafte Gründe dafür finden, warum nicht jede Sekundarstufenschule im Land Sporthelfer ausbildet und einsetzt.

Schwerpunkt III: Der Organisationsgrad der Kinder und Jugendlichen im zivilgesellschaftlichen Sport bleibt stabil. Deutlich mehr als die aktuell nur ca. 3.500 Vereine haben Angebote für die Altersgruppe U6. Hier entscheidet sich auch, mit welcher Kraft die Kooperation mit Kitas vorangebracht werden kann.

Schwerpunkt IV: Die Einbindung des Kinder- und Jugendsports in den Aufbau lokaler Bildungslandschaften wird fest verankert. Das Fachkräftesystem in den Bünden und Verbänden wird enger verzahnt, quantitativ ausgeweitet, qualitativ weiterentwickelt und langfristig abgesichert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind aufgestellt für die nächste Phase einer intensiven Kinder- und Jugendsportentwicklung in unserem Land. Das Programm „NRW bewegt seine KINDER!“ liefert gute messbare Ergebnisse, setzt Impulse für eine erfolgreiche Sportentwicklung und arbeitet mit einer zeitgemäßen und professionellen Struktur, die Innovationen und Veränderungen fördert. Dafür brauchen wir Handlungssicherheit über einen verlängerten neuen Pakt für den Sport.

Rainer Bischoff (SPD) betont, die SPD wolle auch die Fortsetzung des Paktes für den Sport. Die regierungstragenden Fraktionen hätten keine Entscheiderrolle, sondern nur eine begleitende Rolle, aber dieser Hinweis sei ihm wichtig.

Sehr wichtig und gut finde er es, offensiv deutlich zu machen: „Sport ist Bildung!“.

Sehr gut finde er auch das Kinderbewegungsabzeichen Kibaz.

Sehr gut finde er weiterhin, dass der LSB das Thema „Ganztag“ trotz der vorhandenen Schwierigkeiten aufgrund anderer Strukturen von Schule und Sportverein so positiv annehme.

Er wünsche dem LSB gutes Gelingen für die zweite Halbzeit.

Josefine Paul (GRÜNE) hält den Bericht von Herrn Schneeloch für beeindruckend und für die Zukunft für motivierend.

Sie habe die Frage, ob konkrete Zahlen vorlägen, wie sich über die Verzahnung mit dem Ganztag die Mitgliederentwicklung darstelle.

Außerdem interessiere sie, ob es auch bei den Sportarten eine gewisse Entwicklung gebe. Es gebe ja eine Fokussierung auf den Fußball. Möglicherweise berge die Verzahnung von Sportverein und Ganztag ja auch die Chance, andere Sportarten nach vorne zu bringen.

Mädchen mit Migrationshintergrund seien bislang unterrepräsentiert im Sport. Die Drop-out-Quote sei bei Mädchen generell höher. Sozial Benachteiligte seien in bestimmten Sportarten unterrepräsentiert. Sie wolle gerne wissen, ob dieses Programm diesbezüglich positive Effekte habe und dazu auch Zahlen vorlägen.

Zudem interessiere sie, ob bei „NRW bewegt seine KINDER!“ auch darüber nachgedacht werde, die Konzeptionierung auszuweiten auf die Fragestellung „NRW bewegt Familien“. Über die Kinder könne sich ja ein Zugang zu den Eltern ergeben, der dazu führen könne, dass die Eltern auch wieder in die Sportvereine gingen, um sich sportlich zu betätigen oder sich zu engagieren.

Die Initiative „FreiRäumer“ sei auch wichtig gewesen. Kinder und Jugendliche brauchten Freiräume, zeitlich und räumlich. Sie brauchten auch pädagogikfreie Räume, um auch Selbstbestimmung zu lernen.

Das führe sie zu der Frage, inwieweit die Mitbestimmung von Kindern im Rahmen von „NRW bewegt seine KINDER!“ umgesetzt werde.

Matthias Kohl (LSB) legt dar, das Berichtsheft enthalte eine kleine Auswahl an Zahlen. Die neue Art der Bestandserhebung mit der jahrgangsweisen Erfassung biete die Möglichkeit, gezielt Auswertungen vorzunehmen. Er habe im Moment keine Zahlen dabei und die habe man auch nicht präsent, wie sich einzelne Sportbereiche entwickelten. Die könne man aber auf jeden Fall erheben.

Es habe eine Pressemeldung aus Rheinland-Pfalz gegeben, dass dort der Kinder- und Jugendsport durch den Ganzttag nur 2 % über dem Demografieverlust weiter verliere. Diese Pressemeldung habe man zum Anlass genommen, sich mal die NRW-Zahlen anzusehen. In NRW werde der Demografieverlust über alle Sportarten und über alle Kommunen hinweg komplett kompensiert. Man könne ja jetzt auf jede lokale Bildungslandschaft gucken, also auch auf kreisangehörige Städte und Gemeinden, auf die Kreise. Insgesamt entwickle sich das positiv. Das lasse sich auch auf Altersgruppen beziehen und auf Mädchen und junge Frauen.

Wenn sich Dinge im Berichtsheft nicht finden ließen, bitte er die Ausschusssmitglieder, dazu konkrete Fragen zu stellen. Dann werde die Information geliefert. Diese Informationen seien ja auch wichtig und müssten zur Verfügung stehen, damit Kinder- und Jugendsportentwicklung lokal gesteuert werden könne.

Vielfalt im Sport entstehe ja dadurch, dass über die Verbände Sport als Kulturgut am Leben gehalten werde, weiterentwickelt werde und Zugänge geschaffen würden. In dem Zusammenhang habe man relativ aktive Verbände, unter anderem durch Fachkräfte. Hier könne man aber auch noch deutlich besser werden. Das sei auch der Wunsch des LSB, wenn es um Verhandlungen eines neuen Paktes gehe, dass man insbesondere Fachverbände auch noch einmal stärken könne, damit sie neben der kommunalen Entwicklung auch ihre Sportarten besser platzieren könnten.

Damit stehe und falle natürlich auch die Frage des Zugangs. Es zeige sich, dass die Kooperation mit Schulen nach wie vor einen niedrighschwelligen Zugang darstelle. Den müsse man auch weiter ausbauen. Hier sei natürlich auch über mehr Manpower bei den Fachverbänden auch im Rahmen von Sportartenvielfalt und von Ausrichtung mehr zu tun.

Man müsse aber auch sagen: Der Ganzttag sei nach wie vor eine nahezu wettkampffreie Zone. Der Zugang zu Wettkämpfen sei aber ein wesentlicher Aspekt von Sport und ein wesentlicher Aspekt von Vereinssport. Im Moment komme man über breiten-sportliche Angebote hier zum Tragen.

Man werde sich in der nächsten Programmphase aber auch darum kümmern, dass neben dem einen Piloten im letzten Jahr auch so etwas wie eine Ganztagsliga Handball entstehen könne, um vor diesem Hintergrund Mädchen und Jungen Zugänge zum Wettkampfsport zu schaffen, die – das sei natürlich nach wie vor ein großer Zugewinn durch die Kontakte im Ganzttag – diesen Weg in den Verein bisher noch nicht gefunden hätten.

Hier sei in Richtung Vielfalt eine Menge zu tun und das Gleiche gelte – Frau Paul habe die „FreiRäumer“-Tour angesprochen – auch bei der Beteiligung von Jugendlichen. Neben dem Sporthelferprogramm gebe es noch die Formate im Sport selbst. Dazu

gehörten die Gruppenhelfer. Man habe auch für junge Flüchtlinge eine Gruppenhelfer-ausbildung auf den Weg gebracht.

Man arbeite im Programm insgesamt daran, den Sportverein als eigenen Lebensraum von Kindern und Jugendlichen ins Bewusstsein zu bringen. Der Sportverein könne auch ein Raum von geringer Reglungsdichte sein und von Selbstgestaltung. Das wolle man auf jeden Fall stärken.

NRW habe zwar die bombastische Zahl von 19.000 Sportvereinen. Aber nur rund 3.500 Vereine in NRW machten in nennenswertem Umfang Angebote für Kinder im Alter U 6. Ein nennenswerter Umfang werde definiert mit 15 Kindern. Hier müsse man strukturell in der Sportentwicklung nach vorne kommen.

Ein Desiderat der Kinder- und Jugendsportentwicklung in NRW seien auch Strukturen in der Kooperation von Kitas und Sportvereinen, wie sie im Schulbereich schon seit Jahrzehnten bestünden, wo auch verschiedene Fördermöglichkeiten zur Verfügung stünden. Hier kämen zwei eher schwache Aufstellungen zueinander. Darauf müsse man ein besonderes Augenmerk legen.

Ganz klar sei, dass man nur etwas bewegen werde, wenn man die Eltern mitnehme. Also das sei ganz klar zu verbinden mit neuen Ansätzen zur Elternarbeit, wenn man Vereinsentwicklung und die Kooperation von Kita und Sportverein auf den Weg bringen wolle.

Lukas Lamla (PIRATEN) äußert, er habe eine Frage zu den 54 Kümmerern. Die Voraussetzungen für diese Netzwerker unterschieden sich ja je nach Kommune in einer Metropolregion oder im ländlichen Raum. Ihn interessiere, ob es schon Erkenntnisse dazu gebe, was gut klappe, schlecht oder gar nicht. Eine halbe Stelle könne ja nicht so viel bewirken.

Matthias Kohl (LSB) bestätigt die unterschiedlichen Voraussetzungen in kreisfreien Städten und Kreisen. Die sehr großen Städte hätten zum Teil allerdings auch deutlich erweiterte Strukturen und andere Bedingungen. Essen beispielsweise habe einen Generalvertrag zum Ganzttag. Das heiße, hier erfolge ein klarer Mittelfluss in die Sportorganisation, die dann nicht nur mit der Fachkraft arbeite, sondern auch Verwaltungsmitarbeiter habe. Dann lasse sich die Entwicklung anders steuern. Ein anderes Beispiel sei Düsseldorf. Es gebe aber auch durchaus kreisangehörige Städte, für die das gelte.

Letztlich sei entscheidend, welche Stückzahl bearbeitet werden müsse. Vor dem Hintergrund habe man relativ schamhaft die quantitative Ausweitung von Fachkräften benannt.

Es laufe eine externe Evaluation, die auch deutliche Daten zur Zusammenarbeit von Sportvereinen und Schulen liefern werde. Das sei die Evaluation, die das Institut für soziale Arbeit in Münster im Moment durchführe.

Es finde eine relativ gute Gremienbeteiligung statt. Hier sei schon vieles zusammengewachsen, was zusammengehöre. Auf der anderen Seite seien aber auch noch nicht

alle diese Netzwerkgruppen für eine lokale Bildungslandschaft auch für Kinder- und Jugendsportentwicklung klar aufgestellt.

Als Erstes seien die Ausschüsse für den Schulsport zu nennen. Da gebe es eine relativ lange Tradition. Das sei ein Joint Venture von Land und Kommune, das zum Teil natürlich auch belastet sei durch mangelnde Finanzkraft oder die Aufgabenfülle und andere Aufgabenorientierungen.

Der zweite Potenzialbereich seien die Regionalen Bildungsnetzwerke, die über das Schulministerium auf den Weg gebracht worden seien.

Man werde weiter daran arbeiten müssen, dass Kinder- und Jugendsport in den verschiedenen Institutionen ein Thema werde.

Im Moment, zur Halbzeit des Programms, werde in den Regionalen Bildungsnetzwerken zum Beispiel dieses Thema nicht regelmäßig aufgerufen. Dazu müssten Perspektiven entwickelt werden. Dazu sei man auch im Gespräch mit dem Schulministerium.

Diese Fachkräfte arbeiteten auch nicht mehr alleine, sondern in NRW habe es die erfreuliche Entwicklung gegeben, dass ihnen Berater im Schulsport an die Seite gestellt worden seien, die sie bei ihren Aufgaben unterstützen könnten.

Im Kitabereich habe man auch noch ein weiteres kleines Beratungssystem, aber nicht mit Mitarbeitern, die halbe Stellen hätten. Die arbeiteten in der Regel nur auf 400-Euro-Basis.

Man habe – das sei das Komplizierte, aber auch das Positive daran – entsprechende Daten wirklich für jeden Kreis, für jede kreisfreie Stadt und für einzelne kreisangehörige Städte und Gemeinden. Das seien die sogenannten Basisdaten. Die kämen jetzt in die Auswertung. Die würden auch Bestandteil dieser Evaluation durch das ISA. Man müsse sich dann genau angucken, wo sich ein Gelingen feststellen lasse und welche Voraussetzungen das habe.

Der Bericht aus der Arbeitsgruppe sei bis zum Ende der Sommerferien geplant. Dann müsse eine Auswertung erfolgen.

Dr. Björn Kerbein (FDP) betont, die FDP unterstütze sehr den Pakt für den Sport.

Die größte Herausforderung für die Sportvereine sei aus seiner Sicht der Ganztags. Seiner Meinung nach gelinge das Ganze dann, wenn die Sportvereine als größte Träger der informellen Bildung quasi auf Augenhöhe im Rahmen einer Bildungspartnerschaft mit den Schulen wahrgenommen würden. Er bitte dazu um eine Einschätzung, wie sich diese Augenhöhe entwickle. Seines Wissens seien Sportvereine teilweise sogar schon in Schulgruppen aufgenommen worden. Das wäre aus seiner Sicht auch ein schöner Horizont.

Zur Wirtschaft als Netzwerkpartner bitte er um weitere Ausführungen.

Die Vereine hätten einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, wenn sie mit dem Ganztags kooperierten. Nach seinen Informationen sei die Quote von Sportvereinen, die mit Schulen kooperierten, recht hoch. Bei 2.500 Vereinsmitgliedern gehe das. Bei nur 100

oder 200 Mitgliedern werde das Ganze schwieriger. Ihn interessiere, was getan werden könne, um kleinere Vereine zu unterstützen und zu motivieren, im Ganztage mitzuarbeiten.

LSB-Präsident Walter Schneeloch macht deutlich, man kämpfe ja schon jahrelang dafür, dass der Sport als Bildungsgegenstand im Schulkanon den gleichen Wert zugeordnet bekomme wie andere Fächer. Man habe nicht umsonst im letzten Jahr im Sommer diese große Bildungskampagne gestartet, um noch stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit, der Politik und aller Verantwortlichen zu bringen, welches Bildungspotenzial der Sport habe. Der Sport vermittele Bildungsqualitäten, die auch andere Schulfächer nicht vermitteln könnten.

Matthias Kohl (LSB) fügt hinzu, die Schulen hätten sich in den letzten Jahren geöffnet. Die neuen Rahmenvorgaben für den Schulsport, die im letzten Jahr veröffentlicht worden seien, ermöglichten auch die Beteiligung in Gremien und gemeinsame Planungen.

Es sei nicht entscheidend, wie groß ein Verein sei. Entscheidend sei, welches Profil ein Verein habe und ob er ein Interesse daran habe, in diese Kooperation zu gehen und dieses Angebot zu machen.

Die Studien zeigten das immer wieder. Von den ganz großen Vereinen machten zwei Drittel nicht mit bei Sport im Ganztage. Die meisten Angebote kämen über Vereine, die rund 500 Mitglieder hätten und die natürlich eine aktive Kinder- und Jugendarbeit hätten.

Entscheidend dafür, ob die Rahmenvereinbarung zum Ganztage, die das Land mit dem zivilgesellschaftlichen Sport gemacht habe, in großen Teilen in ein paar Jahren erfüllt sein werde, sei, dass der Sport einen verlässlichen Zugang zu den Ganztagemitteln habe.

Bei drei Stunden obligatorischem Sportunterricht und zwei Stunden Sport pro Kind im Ganztage pro Woche ergebe sich bei einer einfachen Hochrechnung auf der Basis der Ganztagekinder und bei Multiplikatoren wie Schulwochen, einer Gruppengröße von 15 Kindern usw. ein jährlicher Betrag für Sport im Ganztage in NRW nur im OGS-Bereich, der zwischen 25 Millionen und 29 Millionen € liege. Ob dieses Geld gezielt in Sportentwicklung laufe oder über Sportentwicklung verfügbar gemacht werden könne oder nicht, mache schon einen erheblichen Unterschied aus.

Das Gegenbeispiel sei ein Trägerverband im Kreis Kleve. Der mache grundsätzlich nur Halbjahresverträge mit Kooperationspartnern. Auf der Basis sei natürlich kein Übungsleiter langfristig zu gewinnen.

Holger Müller (CDU) bedankt sich beim LSB für den Bericht. Das gehe in die richtige Richtung. Die CDU sehe keinerlei Anlass für Kritik.

Sollte die CDU im nächsten Jahr an die Regierung kommen, werde sie dem LSB diese Planungssicherheit, die er in den letzten Jahren gehabt habe, sicherlich nicht wegnehmen. Denn diese Planungssicherheit habe sich bewährt. Auch er werde sich, wenn er dann wieder Abgeordneter sein sollte, zu 100 % für diese Planungssicherheit einsetzen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wer hat die Planungssicherheit erfunden?)

– Die Planungssicherheit sei das Beste, was die Landesregierung gemacht habe.

Karl Schultheis (SPD) teilt die Auffassung von Herrn Schneeloch zur Rolle des Sports in der Schule. Die Wirkungen des Sports seien wissenschaftlich nachgewiesen. Der Sport müsste eine größere Wertschätzung erfahren.

Zu der erschreckend großen Zahl an Vereinen, die keine Angebote für Kinder unter sechs Jahren machten, habe er die Frage, welche Impulse das Programm setze, um mehr Vereine dafür zu gewinnen.

Zweitens interessiere ihn, wie hoch der Anteil von Männern und Frauen an der Ausbildung zu Sporthelferinnen und Sporthelfern sei. Denn die Vorbildfunktion für Kinderspiele auch eine große Rolle.

An Herrn Staatssekretär Neuendorf habe er auch eine Frage. JeKits beziehe ja Bewegung mit ein. Die Deutsche Sporthochschule bilde ja auch in Tanz aus. Ihn interessiere die Schnittmenge zum Sport.

Matthias Kohl (LSB) antwortet, Vereine zu motivieren, mit U6-Kindern zu arbeiten, bedeute natürlich, für sie ein neues Feld aufzumachen und inhaltliche Arbeit zu leisten. Da kämen die Fachverbände wieder stark ins Spiel. In manchen Sportarten, beispielsweise im Turnen und Schwimmen, gebe es aber durchaus eine Tradition, mit kleineren Kindern zu arbeiten.

Das Kibaz sei ein starkes Produkt. Im Moment sei das nur als Abzeichen bekannt. Hinter dem Kibaz stecke aber auch ein inhaltlicher Kurs zur Bewegungsförderung für Kinder zwischen drei und sechs Jahren, mit denen man locker ein Halbjahr auch inhaltliche Übungszeit machen könne.

Viele Vereine zeigten über die Kooperationen mit Schule auch Interesse, mit Kindertagesstätten zusammenzuarbeiten. Hier sehe er den zweiten Potenzialbereich, wenn man in NRW demnächst hoffentlich in die Lage komme, dass für diese Kooperationen auch ein Förderprogramm hinterlegt werden könne, dass auch dieser äußere Anlass noch einmal einen Schub bringe, für Kinder Anschlussangebote zu schaffen. Denn es sei relativ sinnlos, Vereine zu motivieren, mit Kindertagesstätten zu kooperieren, wenn sie kein Anschlussangebot machten.

Es werde auch versucht, die aktuell rund 15.000 bis 20.000 Sporthelfer im kommunalen Raum in die Arbeit mit den Kindern einzubeziehen.

Möglich seien auch punktuelle Angebote, zum Beispiel Events. Das sei zwar für einen Sportverein zunächst noch unüblich, könne aber auch eine Möglichkeit sein.

Die Geschlechterverteilung bei den Sporthelfern sei sehr ausgeglichen. Im Moment sei die Anzahl der jungen Frauen geringfügig höher.

StS Bernd Neuendorf (MFKJKS) weist darauf hin, dass unterschieden werden müsse zwischen dem Sport Tanz und dem Tanz im Rahmen von JeKits. Bei JeKits gehe es um künstlerischen Tanz, um eine künstlerische Ausdrucksform. Das Personal, das die Schulen vorhielten, komme nicht aus Sportvereinen, sondern beispielsweise aus Tanzschulen. Deshalb sehe er an dieser Stelle keine Schnittmenge zum Sport. Man begrüße, dass JeKits jetzt auch Bewegung umfasse, aber hier stehe die Ausdrucksform im Mittelpunkt. Das sei eine künstlerische Komponente und weniger eine sportliche, wettkampfähliche.

Vorsitzender Axel Wirtz dankt dem LSB für sein Engagement im Rahmen dieses Programms.

Er fasse zusammen: Es handele sich um eine Win-win-Situation für Schulen und Vereine und Sport und Bildung gehörten zusammen.

Unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl werde der Pakt für den Sport fortentwickelt.

LSB-Präsident Walter Schneeloch verleiht seiner Freude Ausdruck über die politischen Aussagen zur Verlängerung des Paktes für den Sport.

4 Kompetenzzentrum Integration und Inklusion im Sport

Bericht des Landessportbundes NRW

Vorsitzender Axel Wirtz gibt den Hinweis, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um den Bericht gebeten habe.

LSB-Präsident Walter Schneeloch berichtet:

Integration und Inklusion sind prägende gesellschaftliche Herausforderungen unserer Zeit, die zunehmend an Bedeutung gewinnen. Der Landessportbund Nordrhein-Westfalen hat beide Themen als zentrale Querschnittsaufgaben für seine strategische und inhaltliche Ausrichtung festgeschrieben. Damit verbunden ist der Anspruch, Integration und Inklusion als selbstverständlichen Bestandteil einer zukunftsorientierten Sportentwicklung zu denken und in der Fläche zu verankern. Insbesondere im Bereich der Integration verfügen wir bereits über vielfältige Expertise, die wir in zahlreichen, überwiegend projektbezogenen Zusammenhängen gesammelt haben. Angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen in beiden Themen reicht das aber nicht mehr aus.

Nach einem langen verbandsinternen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Arbeit in diesem Bereich haben wir uns entschieden, die Bearbeitung der beiden gesellschafts- und sportpolitisch bedeutsamen Themen in einem Kompetenzzentrum für Integration und Inklusion im Sport zu bündeln. Mit dem Kompetenzzentrum wollen wir die Integration und Inklusion noch stärker in der nordrhein-westfälischen Sportentwicklung verankern, die Leistungen des organisierten Sports in diesen beiden Arbeitsbereichen verstärkt öffentlich machen, die in über 25 Jahren im Bundesprogramm „Integration durch Sport“ und zahlreichen Projekten gewonnene Expertise bündeln, weiterentwickeln und für die Breite des Verbundsystems des Sports in Nordrhein-Westfalen nutzbar machen und uns verstärkt und kompetent gemeinsam mit anderen Akteuren auch in die Integrations- und Inklusionspolitik auf allen Ebenen einmischen, um gute Rahmenbedingungen für den organisierten Sport zu erreichen.

Herr Blum als Leiter des Kompetenzzentrums wird Ihnen nun einen kurzen Überblick über die zentralen Schwerpunkte in beiden Themen geben.

Siegfried Blum (LSB) trägt vor (*siehe ergänzend Anlage zu TOP 4*):

Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Liebe Ausschussmitglieder! Vielen Dank für die Einladung, heute über unsere Arbeit im Bereich Integration und Inklusion zu berichten.

Das ist ja noch kein großes Programm. Wir sind mit dem Kompetenzzentrum im letzten Jahr im September/Oktober gestartet. Aber wir diskutieren dieses Thema jetzt sehr intensiv im Vorstand, im Präsidium usw. Ich könnte mir vorstellen ange-

sichts der aktuellen hochpolitischen Diskussion zumindest zum Thema „Integration“, dass das, wenn wir das Thema hier das nächste Mal behandeln, schon etwas umfangreicher sein wird. Denn wir haben eine ganze Menge vor.

Ich möchte gerne auf die drei zentralen Zielbereiche unserer Arbeit eingehen. Dann möchte ich kurz auf die Expertise eingehen und dann auf die Perspektiven sowohl im Bereich Integration als auch im Bereich Inklusion.

Das sind ja Vielfaltsthemen. Wir hatten auch überlegt, das als ein Kompetenzzentrum für Vielfalt im Sport auf den Weg zu bringen. Aber angesichts der gesellschaftspolitischen Debatte in den einzelnen Politikfeldern haben wir gesagt, wir fangen erst einmal an mit dem Thema „Kompetenzzentrum für Integration und Inklusion“.

Wir sind zurzeit ein Team von acht hauptberuflichen Mitarbeitern, die sich um das Thema innerhalb des Landessportbundes kümmern. Das sind unbefristete Stellen. Das war nicht immer so. Insbesondere zum Thema „Integration“ wurde in den zurückliegenden Jahren immer mit befristeten Stellen, mit Projekten gearbeitet. Wir haben es durch diesen Strategie- und Weiterentwicklungsprozess geschafft, dass wir jetzt eine stabile personelle Größe haben. Das hat auch etwas damit zu tun, dass das Thema einen ganz anderen Stellenwert bei uns im organisierten Sport bekommen hat.

Zu den drei Leitzielen unserer Arbeit: Ich will da nicht auf die einzelnen Schwerpunkte eingehen. Die sind natürlich mit vielen Maßnahmen hinterlegt.

Das Erste ist: Wir wollen Integration und Inklusion auch nach innen, in den Landessportbund verankern und leben und weiterentwickeln. Ein Beispiel ist: Wir sind dabei, das Thema „interkulturelle Öffnung“ mit den Führungskräften intensiv zu diskutieren und sie zu schulen. Wir werden mit dem Präsidium eine entsprechende Schulung auf den Weg bringen. Das heißt, das auch nach innen zu leben und die Haltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entwickeln. Dazu gehört, möglicherweise auch die Personalentwicklung unter diesem Aspekt noch einmal gezielt in den Blick zu nehmen.

Zweitens. Wir haben ja schon mal eine ganze Menge Erfahrungen gesammelt, und zwar seit Ende der 80er. Diese Erfahrungen wollen wir jetzt nutzbar machen für das gesamte Verbundsystem des organisierten Sports. Das heißt, das soll zu einem Bestandteil der Sportvereinsentwicklung in NRW werden, sowohl zum Thema „interkulturelle Öffnung/Integration“ als auch zum Thema „Inklusion“.

Drittens. Wir müssen uns auch ein Stück weit verabschieden von unserem bisherigen Status: Integration und Inklusion werden in Projektform bearbeitet. Wir müssen uns jetzt als ein kompetenter Partner auch nach außen hin positionieren und darstellen. Wir haben zum Beispiel eine strategische Partnerschaft mit dem Landesintegrationsrat. Wir arbeiten sehr intensiv mit der Landeskoordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren zusammen, mit dem Integrationsministerium usw. und auf Bundesebene mit dem DOSB und mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das sind natürlich auch strategische Partnerschaften, und das aus einer Position heraus, die sich auch neu gestaltet hat.

Zu der Expertise im Bereich Integration: Das Bundesprogramm „Integration durch Sport“ gibt es seit 1989. Das ist im Grunde genommen über die letzten 25 Jahre eine stabile Größe gewesen. Das wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert, über den DOSB, jeweils mit einem Drei-Jahres-Vertrag. Das ist auch noch keine Dauerförderung. Das ist im Grunde genommen in der Regel bei uns Personalkostenförderung, da ist drin ganz gezielte Vereinsförderung sogenannter Stützpunktvereine, die wir mit den Mitteln fördern können. Da haben sich Qualifizierungsmaßnahmen entwickelt.

Das Zweite ist: Wir haben Expertise gesammelt 2007 bis 2015 mit Unterstützung von zwei großen Stiftungen, Mercator und Nixdorf. Da haben wir im Ruhrgebiet an fünf Standorten mit 25 Sportvereinen die Zielgruppe der Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund in den Blick genommen. Ich meine, dass wir das im Ruhrgebiet sehr erfolgreich getan haben. Wir haben da fast 8.000 Mädchen und junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte erreicht, mit unterschiedlichen Zugängen und Maßnahmen. Der Schlüssel war, dass wir Frauen mit Zuwanderungsgeschichte als Übungsleiterinnen gewonnen haben. Fast 500 Frauen mit Zuwanderungsgeschichte haben wir qualifiziert. Die kamen ja auch nicht aus unserem System heraus. Die müssen wir über Netzwerkpartner usw. gewinnen und qualifizieren. Das war ein Stück weit auch der Schlüssel des Erfolgs in diesem Projekt.

2012 haben wir auch zusammen mit dem Sportministerium ein Projekt begonnen. Wir haben gesagt, wir müssen in die kommunalen Ebenen hineingehen. Wir haben die Stadt- und Kreissportbünde in den Blick genommen. Zurzeit sind wir bei 30 Stadt- und Kreissportbünden, die wir ganz gezielt unterstützen, um vor Ort eigene Integrationskonzepte und Netzwerke zu entwickeln auch mit Integrationsakteuren wie Kommunalen Integrationszentren, Migrantenselbstorganisationen usw. Diesen Prozess wollen wir jetzt massiv voranbringen. Wir wollen im Grunde genommen in ganz NRW die Bünde und den organisierten Sport entsprechend unterstützen und fördern.

Ein Projekt, das wir mit dem Bundesgesundheitsministerium durchgeführt haben, endet jetzt. Morgen ist die Veranstaltung in Berlin. „Zugewandert und Geblieben“: Das sind quasi die Migranten der ersten Generation, die zu uns gekommen sind und jetzt in das Seniorenalter gekommen sind. Es geht darum, hier auch Zugänge zu schaffen.

Das Letzte ist Sport für Flüchtlinge. Das ist, glaube ich, im Sportausschuss auch schon einmal vorgestellt worden. Wir haben letztes Jahr mit Eigenmitteln und mit Mitteln des Landessportministeriums 1.000 Vereine fördern können, die Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich Sport mit Flüchtlingen durchgeführt haben. Wir hatten 1.200 Anträge von Vereinen vorliegen. Wir konnten aber nur 1.000 erst einmal bewilligen. Das heißt, letztes Jahr ist uns ein großes Engagement der Sportvereine signalisiert worden. Dieses Jahr wird diese Förderung fortgesetzt. Wir werden das auch weiter durchführen.

Wir haben diese Sportvereine im letzten Jahr alle eingeladen zu 14 Erfahrungsaustauschrunden. Dabei haben wir uns mit den Vereinen darüber ausgetauscht, welche Erfahrungen sie denn gemacht haben in dieser Situation des Ankommens von

Flüchtlingen. Das war total spannend. Die Sportvereine, die Ehrenamtler machen eine ganze Menge neue Erfahrungen in ihrer Arbeit. Sie müssen gucken: Wie sind die Zugänge zu den Flüchtlingen über Betreuungsorganisationen und Flüchtlingsheime? Es geht darum, mit Sprache umzugehen. Wie vermittele ich etwas? Die haben ganz viele kreative Lösungen gefunden. Eine Frage ist auch die des Transports. Die mussten gucken, wie sie die Leute in die Vereine bekommen.

Die Ehrenamtler haben auch Erfahrungen gesammelt im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen. Das Ehrenamt steht vor großen neuen Herausforderungen.

Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit sind auch Themen, mit denen die Sportvereine jetzt zunehmend konfrontiert wurden und zukünftig werden. Das ehrenamtliche Engagement wird an dieser Stelle auch politischer. Die müssen auch Position beziehen, sowohl nach innen in die Vereine gegenüber den eigenen Mitgliedern als auch nach außen gegenüber der Nachbarschaft.

Es gibt noch eine ganze Menge anderer Punkte, die wir jetzt zusammentragen. Wir werden im März/April einen Wegweiser, einen Leitfaden für Sportvereine herausgeben, um auch Sportvereine zu unterstützen. Denn es muss uns gelingen, dieses große Engagement, das nach wie vor vorhanden ist, zu sichern, auf eine realistische Basis zu stellen und auch langfristig auszubauen. Wir stehen da alle vor einer großen Herausforderung, was die Integration angeht.

Damit komme ich zur Perspektive. Wir haben das ja bei uns auch intensiv diskutiert. Letztes Jahr haben wir Willkommenseuphorie erlebt. Wir haben nach wie vor eine Willkommenskultur. Aber die Integration, die jetzt ansteht, die morgen ansteht, die nächstes Jahr noch ansteht und in zehn Jahren wahrscheinlich noch ansteht, ist ja die große Herausforderung, die wir als Dachorganisation mit den Sportorganisationen in NRW angehen wollen.

Zurzeit werden ja viele große Räder in der Integrationspolitik gedreht oder gedreht werden müssen. Das fängt bei der Wohnungspolitik an. Dazu gehören die Arbeitsmarktpolitik, die Bildungspolitik usw.

Die künftige Integrationspolitik darf die Zivilgesellschaft nicht vergessen. Denn ohne ehrenamtliches Engagement stünden wir ganz anders da. Das heißt, bei der künftigen Integrationspolitik muss auch das Ehrenamt gestärkt werden. Das ist unser Wunsch. Das ist unsere Forderung.

Wir können das nicht mehr als Projektförderung machen. Wir brauchen jetzt ein langfristiges, möglichst auf zehn Jahre angelegtes Konzept. Wir haben ein Konzept mit vier Handlungsfeldern.

Punkt eins: Nachhaltige Strukturen in die Fläche tragen und sichern. Das ist im Grunde genommen auch Unterstützung des Ehrenamts mit Hauptberuflichkeit. Das ist eine unserer zentralen Forderungen an der Stelle. Ehrenamt kann eine Menge leisten und leistet auch eine Menge. Aber Sie können nicht zu jedem Runden Tisch gehen, zu jedem Arbeitsgespräch usw. Hier brauchen wir Koordinatoren, Netzwerker oder Integrationslotsen, die das Ehrenamt vor Ort im Sport auch unterstützen.

Punkt zwei: Wir müssen weiter Vereinsmaßnahmen in der Willkommenskultur fördern. Wenn wir einen langen Zeitraum im Blick haben, dann können wir natürlich auch Schwerpunkte setzen. Das betrifft beispielsweise die enge Zusammenarbeit von Schule und Verein. Die ganzen Seiteneinsteigerklassen können wir ganz gezielt in den Blick nehmen und sollten wir unterstützen. Das gilt auch für Kitas usw.

Zwei weitere Punkte sind Information und Kommunikation. Zurzeit gibt es sehr, sehr viele Fragen, auf die auch Ehrenamt Antworten verlangt. Wir arbeiten beispielsweise an Internetplattformen oder einer App mit, um einfach auch die Kommunikationsmöglichkeiten mit den neuen Medien zu nutzen.

Der letzte Punkt sind Schulung und Beratung. Das müssen wir massiv ausbauen. Wir haben einige Fortbildungen konzipiert. Wir haben schon erste Ansätze in Aachen. Wir haben Gruppenhelferausbildungen mit Flüchtlingen gemacht. Wir sind dabei, auch Übungsleiterausbildungen mit Flüchtlingen zu konzipieren. Wenn wir systematisch Integration in den Blick nehmen, müssen wir auch die Potenziale der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, der Flüchtlinge mit berücksichtigen, um sie für unsere Vereinsentwicklung auch „nutzbar zu machen“, aber auch dadurch den Integrationsprozess von Anfang an mit zu fördern und nicht erst zu warten, bis ein paar Jahre vergangen sind. Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Jetzt komme ich zum Themenfeld „Inklusion“. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat auch den Sport bewegt. Da ist noch einmal ein sehr starker Impuls von Bundesebene und Landesebene ausgegangen, das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen zu fördern.

Wir haben das als Landessportbund aufgegriffen und werden dies in den nächsten Jahren sukzessive weiterentwickeln, sodass in vielen Regelsportvereinen Begegnungen ermöglicht werden. Wir haben angefangen mit dem Behinderten- und Rehabilitationssportverband NRW. Wir haben dafür aber erst einmal einen kleinen Bottom-up-Ansatz entwickelt mit einem Projekt mit einigen ausgewählten Vereinen, um zu gucken, wie das funktionieren kann, inklusive Praxis vor Ort, in der Sporthalle, im Verein. Was bedeutet das für die Strukturen des Vereins? Was bedeutet das für die Vereinskultur? Da finden ja Veränderungsprozesse statt. Dieses Projekt ist jetzt abgeschlossen. Das ist wissenschaftlich begleitet worden von Prof. Meier von der Uni Paderborn. Wir werden da jetzt auch einen Leitfaden, einen Wegweiser für Sportvereine mit auf den Weg bringen.

Wir haben uns als Verband parallel noch einmal sehr deutlich positioniert zu dem Thema „Inklusion“. Wir haben bei der Mitgliederversammlung am 9. Januar in Recklinghausen dazu ein Positionspapier verabschiedet. Darin geht es um das Grundverständnis des Landessportbundes zu dem Thema: Inklusion als gleichberechtigte Teilhabe. Es geht auch um die Gewährung von Wahlmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen. Wir können ja nicht alles gemeinsam machen. Es gibt auch im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention die Wahlmöglichkeit.

Perspektive: Wir sind auf der Grundlage der Erfahrungen und unserer Position jetzt dabei, einen Aktionsplan „Sport und Inklusion in NRW“ auszugestalten mit Stadt- und Kreissportbünden, mit Fachverbänden.

Zu den Handlungsfeldern gehört, die Vereinsentwicklung inklusiv zu gestalten. Dieses Jahr stehen uns 250.000 € zur Verfügung für die Unterstützung von Sportvereinen. Der Leitfaden, den wir jetzt erstellen, wird auch mit eingesetzt, die Tipps und Informationen, die wir da geben können.

Qualifizierung ist ein ganz wichtiger Bereich. Wir haben schon erste Übungsleiterfortbildungen dazu konzipiert.

Kooperation und Vernetzung sind hier auch ein wichtiges Thema, mit der Lebenshilfe und anderen Organisationen vor Ort.

Wir haben das nächste Feld „Sportarten inklusiv“ genannt. Wir wollen erreichen, dass auch in dem Fachverbandssystem dieses Thema stärker bearbeitet wird, und zwar nicht nur bezogen auf Paralympics, auf diese Leistungssportveranstaltung, sondern insgesamt in den Angeboten.

Letztendlich geht es uns natürlich auch darum, Barrierefreiheit zu fördern. Dabei geht es um Räume, aber auch um Information und Kommunikation.

Josefine Paul (GRÜNE) appelliert an den LSB, doch noch einmal über ein „Kompetenzzentrum Vielfalt“ nachzudenken. Das halte sie für sinnvoller als die einzelnen Bereiche getrennt zu behandeln.

Sie habe die Frage, inwieweit das Thema „Antidiskriminierung“ mit Kompetenzen unterfüttert werde. Sie denke beispielsweise an Angelika Ribler, die bei der Sportjugend Hessen als ausgewiesene Fachfrau arbeite. Sie interessiere, was den Vereinen an die Hand gegeben werde, um sich in dem Thema positionieren zu können.

Außerdem wolle sie gerne wissen, inwiefern Kooperationen im Bereich Antidiskriminierung/interkulturelle Öffnung mit anderen Organisationen stattfänden, zum Beispiel mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit. Das IDA habe sehr viele Erfahrungen in der Jugendverbandsarbeit.

Ihres Wissens sähen nur zwei Kommunale Integrationszentren einen Schwerpunkt bei Sport. Da sei ihres Erachtens noch eine Menge Luft nach oben.

Sie bitte noch um ein paar Worte zum Thema „Nachhaltigkeit“, dazu, wie die Erfahrungen aus den beschriebenen Programmen jetzt auf den gesamten Verband übertragen werden sollten. Es nütze ja nichts in der interkulturellen Öffnung oder im Diversity-Management, wenn man einzelne Programme habe, sich aber die Struktur nicht verändere.

Ehrenamt/Partizipation: Man brauche Role Models, die als Expertinnen und Experten in eigener Sache den Verband weiterbringen könnten. Interkulturelle Öffnung sei keine Einbahnstraße. Es müssten sich nicht nur die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte integrieren, sondern gleichzeitig müssten sich die Strukturen auch auf veränderte Gesellschaftsbilder einstellen.

Siegfried Blum (LSB) antwortet, zum Thema „Vielfalt“ gehe die Diskussion ja in diese Richtung mit den Kollegen im Haus, die ja verschiedene Themen abdeckten, Gender, soziale Benachteiligung, usw.

Zur Ausbildung aller Übungsleiter gehöre auf jeden Fall schon das Thema „Vielfalt“ als Grundqualifikation.

In der gesellschaftlichen und politischen Realität meine „Inklusion“ zunächst Menschen mit und ohne Behinderung und „Integration“ meine Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Flüchtlinge. Das müsste in der Politik anders diskutiert werden. Denn darauf bauten ja Förderprogramme und Projekte auf. Er könne zurzeit nicht erkennen, dass in der Politik insgesamt ein Umdenken stattfinde, alles in einem Vielfaltsansatz zu bündeln. Eine zivilgesellschaftliche Organisation müsse sich in ihrer Arbeit an der politischen Realität orientieren.

Die Instrumente und Inhalte basierten aber auf dem Ansatz der gleichberechtigten Teilhabe.

Bezogen auf den zunehmenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sei man als Dachorganisation gefordert, aber auch die Sportvereinsvertreter seien mit dieser Thematik konfrontiert. Man müsse jetzt über ganz neue Formen von politischer Bildung nachdenken. Die Information und Kommunikation müssten überdacht werden.

Aktuell habe man die Teilnahme am Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ der Bundeszentrale für politische Bildung bewilligt bekommen. Letztendlich gehe es darum, Demokratie zu lernen.

Zur Kooperation mit IDA: Man sei immer wieder dran. Man sei auch in dem Beirat mit vertreten. Aber man habe das noch nicht so an die Unterstützung des Ehrenamts im Sport andocken können. Das wolle man jetzt auf den Weg bringen.

Kommunale Integrationszentren: Dort, wo man die Stadt- und Kreissportbünde unterstütze, arbeite man sehr stark mit den Kommunalen Integrationszentren zusammen. Sein letzter Kenntnisstand sei, dass sieben oder acht Kommunale Integrationszentren den Schwerpunkt Sport hätten. Es seien noch zwei, drei andere Kommunale Integrationszentren dabei, mit denen man ganz eng zusammenarbeite, die sehr sportaffin seien. Das Ziel sei es, dass zukünftig alle Kommunalen Integrationszentren das Thema „Sport“ mit bestimmten Instrumentarien mit bearbeiteten. Da befinde man sich im Austausch mit dem MAIS, um das zu fördern.

Zur Übertragung in die Regelarbeit, in andere Strukturen: Das stimme. Daran arbeite man auch. Man habe Vereinsberater geschult, die Vereinsentwicklungsprozesse zum Thema „interkulturelle Öffnung“ durchführten, zur Inklusion. Vielfalt und Öffnung seien dabei ganz wichtige Aspekte. Schulungsinstrumente werde man massiv ausbauen. Vor allen Dingen müsse man jetzt die Verbände und Bünde vor Ort in ihren Strukturen stärken. Flüchtlingshilfe brauche qualifizierte Strukturen. Die müssten unterstützt werden.

Ehrenamt/Partizipation: Das gehöre zum Grundverständnis. Alles, was man zu Integration und Inklusion mache, finde mit der Zielgruppe statt. Es sei ganz wichtig, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einzubinden, also nicht nur für sie etwas zu

machen, sondern gemeinsam mit ihnen etwas zu entwickeln. Man müsse sie dann aber auch schulen und qualifizieren. Diesen Weg wolle man jetzt gehen.

Rainer Bischoff (SPD) findet es sehr gut, dass der Sport schon seit 1989 in dem Thema unterwegs sei und sich nicht erst aufgrund der aktuell sehr hektischen Debatte in der Öffentlichkeit dieses Themas angenommen habe. Der Sport habe in dem Feld schon viel Erfahrung und Kompetenz.

Als die Fraktionen hier vor zwei Jahren den gemeinsamen Antrag zur Inklusion verabschiedet hätten, hätten sie damit ja auch ein bisschen Druck auf die Sportfamilie ausüben wollen. Nach diesem Vortrag stelle er jetzt fest: Der Sport sei dabei. Das finde er toll.

Dr. Björn Kerbein (FDP) erinnert an seine Anfrage Ende August zum Rechtsextremismus im Sport und im Sportverein. Innenminister Jäger habe etwa im September dann sinngemäß geantwortet: keine besonderen Vorkommnisse. – Vor dem Hintergrund bitte er darum, dass Herr Blum seine Eindrücke zeitlich einordne. Denn hier entstehe vielleicht der Eindruck, dass Herr Innenminister Jäger auch an dieser Stelle nicht ganz genau hingeschaut habe.

Siegfried Blum (LSB) stellt klar, man beschäftige sich weniger mit Rechtsextremismus, sondern vielmehr mit Rechtspopulismus. „Besorgte Bürger“ seien ein Stichwort. Man habe sich jetzt in der Sportjugend mit dem Thema befasst und Schulungsmaßnahmen zum Thema „Klare Kante zeigen“ auf den Weg gebracht. Eine systematische Strategie sei da aber noch nicht entwickelt. Vor der Herausforderung stehe man noch.

5 Auswirkungen des Doping- und Korruptionsskandals der IAAF auf das Sportland NRW

Vorlage 16/3675

Vorsitzender Axel Wirtz gibt den Hinweis, dass die FDP darum gebeten habe, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Dr. Björn Kerbein (FDP) fragt, ob den Gremien der IAAF aktuell Vertreter aus NRW angehört oder das in den letzten Jahren der Fall gewesen sei und ob entsprechende Ermittlungen liefen.

Er vermisse in dem Bericht auch Aussagen zu den Folgen des Skandals für NRW. Sponsoren könnten abspringen. Der Skandal könne den Nachwuchs demotivieren. Die Frage sei, wie die Trainer damit umgingen.

Ihn interessiere, ob es bei der NADA auch Regelungen wie die Compliance-Richtlinie gebe und inwieweit sich die Landesregierung dafür einsetze.

Die FDP habe erwartet, dass die Landesregierung ausführlicher auf die möglichen Auswirkungen des Skandals eingehe und der Bericht nicht bloß eine Seite umfasse.

StS Bernd Neuendorf (MFKJKS) bittet um Verständnis dafür, dass eine Landesregierung keinen Bericht voller Vermutungen und Spekulationen vorlegen könne, sondern nur über Fakten berichten könne.

Es habe in der Vergangenheit keinen Vertreter aus NRW in Gremien der IAAF gegeben.

Konkrete Auswirkungen auf das Sponsoring seien zumindest nicht bekannt.

Er könne nur seinen sehr subjektiven Eindruck beschreiben, den er bei Verbänden, Sportvereinen oder der Mitgliederversammlung des LSB gewonnen habe. Das Thema sei überall virulent. Es drücke auch die Stimmung. Denn die Wahrnehmung sei, dass das Thema dem Sport schade.

NRW sei Vorsitzland der Sportministerkonferenz. Deshalb habe er die Ehre, im Moment im Aufsichtsrat der NADA zu sitzen. Das gehe damit einher. Zur NADA verweise er im Übrigen auf den dritten Absatz des Berichts.

Die Berichtsbitte der FDP sei seines Erachtens schon nicht das Gelbe vom Ei, merkt **Holger Müller (CDU)** an. Aber die Antwort der Landesregierung sei noch nicht einmal ein Ei. Auf einer Seite so viele Banalitäten oder Bekanntes zu schreiben, halte er wirklich für prämiierungswürdig. Er wisse ja, dass man manchmal nicht antworten wolle und dann so etwas schreibe. Aber hier werde auf keine einzige Frage der FDP eingegangen. Die Landesregierung hätte ja sagen können, das könne man auch nicht. Dafür hätte er vollstes Verständnis gehabt.

(StS Bernd Neuendorf [MFKJKS]: Das habe ich ja! Ich habe gesagt, wir spekulieren nicht, Herr Müller!)

Die Landesregierung hätte auf die einzelnen Fragen der FDP mit „keine“ antworten können. Das wäre eine korrekte, seriöse Antwort gewesen.

Er räume aber ein, dass es manchmal schwierig sei, Anfragen seriös zu beantworten.

6 Aktueller Sachstand bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen

Vorlage 16/3677

Vorsitzender Axel Wirtz teilt mit, dass die CDU diese Vorlage beantragt habe.

Jens-Peter Nettekoven (CDU) führt aus, die Not der Kommunen sei sehr groß. Seine Heimatstadt Bonn sei in den letzten Tagen und Wochen ein wenig durch die Gazetten gegangen. Von den 100 Sporthallen dort sollten 25 Großsporthallen zu Flüchtlingsunterkünften umfunktioniert werden. In Bonn stünden aber Landes- und Bundesunterkünfte leer. Es gebe das Landesbehördenhaus. Der BLB-Mitarbeiter dort sei seit zehn Jahren krank. Der Chef des BLB habe nicht gewusst, dass dem BLB dieses Gebäude gehöre. Außerdem gebe es dort Unigebäude. Das Fazit sei, dass sich in Bonn jetzt bewahrheite, dass Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte belegt werden müssten, weil die Stadt Bonn keine Alternative sehe. Bonn sei nur ein Beispiel. Das könne ja auch andere Kommunen betreffen.

In dem Bericht werde nur Bezug genommen auf die Landesnotunterkünfte und gesagt, dass das Land vorhabe, die Sporthallen zu räumen, um sie wieder dem Sport zugänglich zu machen.

Dass die Kommunen Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte belegen müssten, sei seines Erachtens nur kurzfristig möglich. Er habe die Frage, wie die Landesregierung – vielleicht auch über die Bezirksregierungen – die Kommunen unterstütze, damit sie einen Aufschub bekämen. In Bonn sei das geschehen. Die Städte machten das ja nicht, weil sie Spaß daran hätten, sich mit dem organisierten Sport anzulegen. In Bonn lasse sich beobachten, was dort hochkoche. Er wolle nicht, dass Flüchtlinge gegen Sportvereine ausgespielt würden. Ihn interessiere, ob Rücksicht auf die Kommunen genommen werde, die Sporthallen belegen müssten, um Flüchtlinge unterzubringen.

StS Bernd Neuendorf (MFKJKS) äußert, er sei noch Bonner und heute Morgen habe in der Zeitung gestanden, dass der Oberbürgermeister jetzt entschieden habe, dass zumindest bis Ende des Jahres keine weiteren Bonner Sporthallen mit Flüchtlingen belegt würden. Das sei heute ganz frisch die Meldung. Das bedeute, man sei sich vor Ort der Problematik sehr wohl bewusst.

Da bedürfe es keiner besonderen Intervention seitens des Landes bei den Kommunen. Denn er glaube, das sei vor Ort überall erkannt worden, welche Problematik für die Schulen oder die Vereine daraus entstehe.

ORR Anna-Katharina Stützer (MIK) legt dar, natürlich habe das MIK die Situation auch wahrgenommen und sei auch bemüht, die Kommunen bestmöglich zu unterstützen. Das MIK sei mit allen Kommunen über die Bezirksregierungen in Gesprächen.

Man habe im Moment ausreichend freie Plätze aufgrund der rückläufigen Zugangssituation, auch wenn die Zugangszahlen immer noch sehr, sehr hoch seien. Im Vergleich zum Januar 2015 verzeichne man immer noch eine Steigerung um 300 %. Trotzdem

habe man momentan freie Plätze in den Landeseinrichtungen. Die nutze man, um alle Kommunen zu entlasten und unter anderem auch, um die Problematik mit den Sporthallen in den Griff zu bekommen. Man weise im Moment den meisten Kommunen keine Flüchtlinge zu, sondern behalte die Flüchtlinge in den Landeseinrichtungen.

Man weise ausschließlich den Kommunen zu – das seien mittlerweile nur noch fünf – , die mit den Zuweisungsentgegnahmen im vergangenen Quartal in Verzug geraten seien. Als der Zugang sehr hoch gewesen sei, habe man in einigen Kommunen die Problematik gehabt, dass nicht unmittelbar Unterbringungsplätze zur Verfügung gestanden hätten. Teilweise hätten Zuweisungsdispense erteilt werden müssen. Man versuche gerade, die aufzufangen.

Ansonsten weise man im Moment nicht zu, um den Kommunen auch die Gelegenheit zu geben, Unterbringungseinrichtungen zu schaffen.

Rainer Bischoff (SPD) schlägt vor, eine Pressemitteilung herauszugeben, dass der Sportausschuss gemeinsam an die Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen appelliere, die Sporthallen, die jetzt seitens des Landes frei würden, nicht kommunal wieder als Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen.

Er gehöre auch dem Sportausschuss der Stadt Bonn an, so **Rolf Beu (GRÜNE)**. Bonn habe einen CDU-Oberbürgermeister und eine Ratsmehrheit aus CDU, FDP und Grünen. Es sei zwar eigentlich nicht üblich, Verwaltungen, wenn man selber der Mehrheit angehöre, zu kritisieren, aber er tue es hier trotzdem.

Das Verhalten der Bonner Stadtverwaltung sei zumindest in einer gewissen Art leichtfertig oder kurzichtig gewesen. Denn sie habe das Flüchtlingsthema durchaus erkannt, sei aber nicht vorbeugend tätig gewesen und habe dann irgendwann vor dem Problem gestanden, keine anderen Liegenschaften mehr kurzfristig für eine Unterbringung zu sehen. Bei einer mittelfristigen Planung hätte sie das durchaus sehen können.

Dass sie dann eine Liste verfasst habe mit sämtlichen Sporthallen mit einer gewissen vorgesehenen Priorisierung von 1 bis 100 nach dem Motto, wenn jede Woche zusätzlich 150 Flüchtlinge kämen, könne sich jeder Verein ausrechnen, dass er im Mai, im Juni oder im September auch seine Sporthalle verliere, finde er umgekehrt auch im Prinzip übertrieben.

Er finde es auch sehr leichtfertig, jetzt zu sagen, es werde auf keinen Fall mehr eine Sporthalle in Bonn in Anspruch genommen werden können. Denn niemand wisse doch ernsthaft, wie die Entwicklung der Flüchtlingszuweisungen in diesem Land, in Deutschland und in der Stadt Bonn in diesem Jahr weitergehen werde.

Inzwischen gebe es Lösungsansätze auch für Unterbringungen in Containeranlagen und in Holzhäusern, die mittelfristig gebaut werden sollten. Es gebe auch Planungen zur Schaffung von Wohnraum, die aber zwei, drei Jahre erforderten. Letztendlich seien diese Arbeiten durch die Stadt Bonn aber viel zu spät erfolgt.

Sportausschuss

16.02.2016

29. Sitzung (öffentlich)

Bar

Die Kommune habe jetzt alle Maßnahmen ergriffen. Sie hätte sie früher ergreifen können. Der Ärger bei den Sportvereinen in Bonn, die sehr gut organisiert gewesen seien, sei zweifellos berechtigt.

Holger Müller (CDU) räumt ein, dass die Situation in Bonn interessant sein könne, aber betont, er habe die Anfrage ja nicht wegen der Stadt Bonn gestellt.

Er konstatiere, dass ein Ministerium immerhin mal konkrete Zahlen liefere. Das sei eine neue Qualität der Beantwortung. Er unterstelle mal, dass die Zahlen auch stimmten.

Die wichtigste Zahl, um eine Relation herzustellen, fehle aber. In der Vorlage stehe:

„Im gesamten Land sollen somit insgesamt 6.830 Plätze in Turn- und Sporthallen abgebaut werden, die als in Amtshilfe geschaffene Notunterkünfte bereitgestellt worden sind.“

Die Zahl 6.830 höre sich ja ganz gut an, aber entscheidend sei doch der Ausgangswert. Der könne ja bei 7.000 oder bei 100.000 liegen. Er gehe auch davon aus, dass dieser Wert ebenfalls zur Verfügung stehe, wenn alle anderen Zahlen vorlägen. Sicher sei es ein reines Versehen, dass diese Angabe in der Vorlage fehle.

Unter Punkt 1. stehe, es würden 57 Schulsporthallen und 7 reine Vereinssporthallen vom Land betrieben. Das seien 64.

Dann komme die Antwort, mit der er gerechnet habe, nämlich:

„Wie viele Sporthallen aktuell noch durch die Kommunen genutzt werden, entzieht sich der Kenntnis der Landesregierung.“

Diese Antwort, dass sich etwas der Kenntnis der Landesregierung entziehe, könne in allen Bereichen angewendet werden. Aber in diesem speziellen Fall sei er dem Innenminister nicht einmal böse, weil das ja sicherlich auch sehr viel schwieriger zu erheben sei als viele Dinge im Schulverwaltungsbereich. Die Zahl interessiere ihn aber schon. Der Landessportbund habe ja sehr oft in solchen Fällen verlässlichere Zahlen oder überhaupt Zahlen, die das Ministerium vielleicht nicht habe.

Er sei bereit, eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Aber er wolle das Land nicht ganz aus der Verantwortung lassen und nur an die Kommunen appellieren, sondern seines Erachtens müssten das Land und die Kommunen aufgefordert werden. Wenn man die Aufforderung lediglich an die Kommunen richte, werde doch der Schwarze Peter etwas zu einseitig verteilt.

Für die dritte Frage, was die Landesregierung zur Unterstützung der davon betroffenen Sportvereine unternehme, sei das Innenministerium sicherlich nicht zuständig. Von daher bitte er darum, diese Frage in der nächsten Sportausschusssitzung vom Sportministerium beantwortet zu bekommen. Wenn das heute gehe, sei das natürlich noch besser.

Zu den Zahlen verweist **StS Bernd Neuendorf (MFKJKS)** auf den Haushalt 2016. Nicht nur der Landessportbund habe Geld in die Hand genommen, sondern das Land auch noch einmal für die Vereine die 250.000 € jedes Jahr. Das wisse Herr Müller.

(Holger Müller [CDU]: Aber reicht das aus?)

– Die Frage sei gewesen, ob das Land etwas getan habe. Die Antwort laute: Ja. Man habe dafür Geld in den Haushalt eingestellt.

ORR Anna-Katharina Stützer (MIK) stimmt Herrn Müller zu. Ihr sei beim Durchlesen des Berichts gerade ebenfalls aufgefallen, dass diese Zahl fehle. Sie habe eben in Arnsberg nachgefragt, aber leider noch keine Nachricht erhalten. Herr Müller bekomme auf jeden Fall die Zahl, mit der das in Relation zu setzen sei. Es handele sich in der Tat um ein Versehen, dass diese Angabe fehle.

Sie sei froh, konkrete Zahlen liefern zu können. Man könne auch konkret benennen, wie viele Einrichtungen in Sporthallen in der Zukunft noch mit Flüchtlingen belegt sein würden. Sie könne sagen, dass es gar nicht so einfach sei, solche Zahlen abzufragen, wie man sich das immer vorstelle. Man müsse mehrmals nachhaken, bis man dann tatsächlich eine valide Datengrundlage habe. Sie glaube, die habe man jetzt. Auf der Basis werde sie die Zahl selbstverständlich gerne nachliefern.

Holger Müller (CDU) bedankt sich dafür im Voraus.

Jens-Peter Nettekoven (CDU) äußert, er habe Bonn nur beispielhaft genannt. Ein Bonner Badmintonverein hätte nicht mehr in der Bundesliga spielen können. Ein Ringerverein hätte nicht mehr in der höchsten nordrhein-westfälischen Liga starten können.

Er bitte – wenn das Ministerium über keine Zahlen verfüge – den LSB um einen Überblick darüber, wie viele Sporthallen in anderen Städten belegt seien.

Völlig unabhängig davon, welche Partei wo den Oberbürgermeister stelle, sei das große Ziel doch, zu verhindern, dass die Sporthallen belegt würden und dass die Menschen gegeneinander ausgespielt würden.

Vorsitzender Axel Wirtz geht davon aus, dass in diesem Ziel Einigkeit bestehe. Gerade dazu habe sich LSB-Präsident Schneeloch auch schon oft geäußert und darum gebeten, sozusagen die Finger von den Hallen zu lassen. Das sei aber bekanntermaßen leider weder den Kommunen noch dem Land möglich gewesen.

Er erkenne klar die Tendenz, aus der Sicht des Sport zu sagen, es sollte, wenn möglich, versucht werden, die Hallen wieder freizugeben. Er wisse auch aus dem Umfeld, in dem er arbeite, dass das auch Ziel der Landräte, der Bürgermeister oder des Oberbürgermeisters sei. Schulen und Vereine sollten ja möglichst wenig belastet werden.

LSB-Präsident Walter Schneeloch ist der Ansicht, man könne nicht alle Städte und Gemeinden über einen Kamm scheren. Bonn sei sicherlich aus Sicht des Sports ein

sehr negatives Beispiel. Dort habe der Oberbürgermeister seines Erachtens viel zu spät reagiert und dann die einfachste Lösung gewählt. Er habe keine Vorsorge getroffen. Das lasse sich auch auf andere Städte übertragen. Es gebe aber auch sehr positive Beispiele, wo man von Anfang an versucht habe, den Sport möglichst nicht zu belasten.

Der Sport habe auch immer gesagt, es gehe zunächst einmal darum, die Menschen unterzubringen. Wenn das nur mit Sporthallen gehe, dann sei das in Ordnung, aber das sollte bitte zeitlich befristet sein und in Zusammenarbeit mit dem Sport stattfinden.

Das Negativste daran sei einfach, dass über die Köpfe der Sportorganisationen, der Sportvereine hinweg Hallen von heute auf morgen belegt würden und die Vereine dann feststellten – dazu habe der LSB viele Rückmeldungen erhalten –, die Hallen würden gar nicht mit Flüchtlingen belegt, seien aber schon einmal umgebaut worden. Solche Dinge seien passiert.

Er bitte darum, keine Zahlen in Relation zu setzen, wie viele Hallen es in NRW gebe und wie viele davon mit Flüchtlingen belegt seien. Die daraus resultierende Aussage, dass das doch gar nicht so viele Hallen in NRW seien, sei seiner Meinung nach eine Bagatellisierung des Problems, das von Ort zu Ort sehr unterschiedlich sei und sich für die Sportvereine zum Teil sehr gravierend darstelle.

Letzte Woche habe man eine Umfrage durchgeführt, um endlich mal an gesicherte Zahlen zu kommen. Denn mit den Zahlen, die man im November herausgegeben habe und die man vom Städte- und Gemeindebund übernommen habe, sei man von einem WDR-Redakteur angegriffen worden und sofort in die rechte Ecke gestellt worden, der LSB wolle damit Politik machen. Dieser Herr habe es noch nicht einmal für notwendig gehalten, beim LSB nachzufragen, woher die Zahlen stammten. In der letzten Woche habe man nun bei allen Stadt- und Kreissportbünden eine gezielte und etwas differenziertere Umfrage gestartet, wie Hallen belegt seien. Er gehe davon aus, im Laufe der nächsten Woche diese Zahlen zur Verfügung zu haben. Dann werde man sie sicherlich auch bekannt machen.

Vorsitzender Axel Wirtz bittet die Fraktionen darum, nach der Sitzung untereinander noch einmal abzustimmen, ob der Sportausschuss dazu ein kurzes Pressestatement abgeben wolle.

7 Sachstandsbericht über die Novellierung der Freizeitlärmrichtlinie

Bericht der Landesregierung

Vorsitzender Axel Wirtz gibt den Hinweis, die CDU-Fraktion habe um diesen Bericht gebeten.

MDgt Dr. Diana Hein (MKULNV) erstattet Bericht:

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung ist um Klarheit gebeten worden, was die Absichten angeht. Ich hoffe, ich kann Ihnen das in der gebotenen Kürze vermitteln. Ich sage, in der gebotenen Kürze, weil der Umweltausschuss einen schriftlichen Bericht erbeten hat. Diesen schriftlichen Bericht stellen wir natürlich sehr gerne auch dem Sportausschuss zur Verfügung. Insofern kann ich mich hier kurz fassen. Ich würde aber trotzdem gerne einen Blick zurückwerfen.

Der Freizeitlärmerrlass stammt aus dem Jahre 2009. Er gibt Hinweise zur Messung, Beurteilung und Verminderung von Geräuschemissionen durch Freizeitanlagen. Er ist in 2009 ergänzt worden durch einen Leitfaden zur umweltgerechten Durchführung von Volksfesten und ähnlichen Traditionsveranstaltungen. Mit diesen beiden Regelwerken wird das Ziel verfolgt, einen Ausgleich herzustellen zwischen den Interessen an Freizeitgestaltungen der verschiedensten Art und den Interessen an einem ruhigen Wohnumfeld. In der Kombination von Erlass und Leitfaden sehen wir, dass sich diese Regelungen bewährt haben. Die Regelungen sind in verschiedenen Gerichtsurteilen auch bestätigt worden und führen insgesamt zu einer Konfliktentschärfung.

Dieser Erlass gibt Regeln vor, zum Beispiel für die Anzahl der sogenannten seltenen Ereignisse. Das sind Ereignisse und Veranstaltungen, bei denen die Richtwerte des Erlasses überschritten werden dürfen. Das sind zurzeit zehn.

In der Vergangenheit, in den letzten beiden Jahren, ist das Umweltministerium wiederholt aus dem kommunalen Bereich, von den kommunalen Spitzenverbänden, aber auch von einzelnen Kommunen, angesprochen worden mit dem Ziel, diesen Erlass und diese Regelungen zu liberalisieren, um mehr Veranstaltungen möglich zu machen.

Wir haben das dann zum Anlass genommen und haben in 2014 eine Fachveranstaltung zu dem Thema durchgeführt. Wir haben in 2015 ein sehr umfangreiches Fachgespräch durchgeführt mit Vertretern der Kommunen, der kommunalen Spitzenverbände, aber auch mit Kollegen aus anderen Bundesländern, um deren Erfahrungen auch mit einzusammeln.

Resultat dieses sehr umfangreichen Konsultationsprozesses war dann der Entwurf der Novellierung dieses Erlasses, der den kommunalen Spitzenverbänden im November zur Verfügung gestellt worden ist, zur Kommentierung, zur Anhörung, wie wir das üblicherweise machen. Wir haben dann im Februar noch einmal ein Gespräch geführt. Es gab Stellungnahmen kurz vor Karneval.

Dann hat das Thema nach Karneval eine für uns völlig überraschende Dynamik genommen durch Presseberichterstattungen, die davon gesprochen haben, dass nun Schützenfeste zumindest sehr erschwert werden würden bis hin dazu, dass Schützenfeste nun auch gar nicht mehr stattfinden können.

Das entbehrt jeder Grundlage und ist für uns ein Indiz dafür, dass es da zu deutlichen Missverständnissen gekommen ist. Deshalb freue ich mich, dass ich hier heute die Gelegenheit habe, Ihnen die Absichten, die wir mit einer möglichen Überarbeitung verfolgen, noch einmal zu erläutern.

Das ist ganz vorne das Ziel einer höheren Flexibilität für die Veranstaltungen unter Wahrung des notwendigen Anwenderschutzes. Also wir wollen den Lärmschutz für die Anwender nicht aufweichen, aber mehr Möglichkeiten bieten für die Veranstaltungen.

Ein Kernpunkt dabei ist, dass die Anzahl der zulässigen seltenen Ereignisse von zehn auf 18 erhöht werden soll. Mit dieser Erhöhung von zehn auf 18 sind wir im Einklang mit den Empfehlungen auf Bund-Länder-Ebene aus der Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz.

Damit ist sichergestellt, dass die bisherige Praxis für volkstümliche Veranstaltungen, insbesondere Schützenfeste, nicht nur bestehen bleibt, sondern in der Handhabung erleichtert wird.

Die zweite wichtige Aussage ist: Die Immissionsrichtwerte, also die zentralen Beurteilungsmaßstäbe, werden sich nicht ändern gegenüber der Regelung von 2009 und sind damit auch wieder im Einklang mit dem, was auf Bund-Länder-Ebene diskutiert wird.

Wir haben eine Empfehlung aus einer großen Stadt aufgegriffen, die gesagt hat: Mit Veranstaltungskonzepten, also wenn wir frühzeitig unseren Bürgerinnen und Bürgern mitteilen, welche Veranstaltungen geplant sind, haben wir gute Erfahrungen gemacht. Dann kann man sich darauf einstellen. Man kann auch zu einem Ausgleich kommen zwischen den verschiedenen Veranstaltungen. – Diese Empfehlung würden wir gerne auch in die Fortschreibung eines Erlasses aufnehmen. Damit sind die Möglichkeiten für die Kommunen bezogen auf die jeweilige örtliche Situation auch gerade für das Brauchtum deutlich gestärkt.

Darüber hinaus – da sind wir in NRW in der sehr komfortablen Situation, dass wir ein Landes-Immissionsschutzgesetz haben – gibt es nach wie vor die Möglichkeit, auch über die jetzt zehn und zukünftig 18 seltenen Ereignisse hinaus weitere Ausnahmen zu machen.

Diese Vorschläge – möglicherweise nicht klar genug kommuniziert – werden wir nun erneut mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit betroffenen Institutionen erörtern und anschließend innerhalb der Landesregierung abstimmen.

So weit der Sachstandsbericht aus Sicht des Umweltministeriums.

Auf die Nachfrage des **Ausschussvorsitzenden** erläutert **MDgt Dr. Diana Hein (MKULNV)**, der schriftliche Bericht werde für den Umweltausschuss, der nächsten Mittwoch tages, erstellt. Der Sportausschuss bekomme den dann auch.

Wilhelm Hausmann (CDU) gibt zu bedenken, dass sich seit dem Erlass 2009 die Rechtsprechung ganz massiv verändert habe. Die Berechnungsgrundlagen und Bewertungsgrundlagen würden von den Juristen heute freudiger und umfangreicher verwendet. Deshalb sei es wichtig, den Erlass weiterzuentwickeln.

Bei der Berechnung, ob Veranstaltungen diese 65 Dezibel erreichten, gebe es ja einige Variablen. Der Katalog der Sonderbewertungen, die eine Veranstaltung rein rechnerisch lauter machen könnten, etwa Musikereignisse usw., liefere fast immer einen Grund, um diese Veranstaltung in der Bewertung schon sechs Dezibel höher einzustufen. Die Grenze liege also nicht bei 65 Dezibel – wie im alten Uhlenberg-Erlass –, sondern schon bei 59 Dezibel. Das bedeute, man müsse damit rechnen, dass Veranstaltungen wesentlich kritischer bewertet würden.

Eine größere Flexibilität bei der Anzahl bedeute vielleicht mehr Veranstaltungen und sei sicherlich zu begrüßen. Aber die Bewertung der einzelnen Veranstaltung durch besondere Lärmereignisse, die man immer finden könne, werde wesentlich kritischer werden. Das werde für viel Arbeit bei Juristen und Gerichten sorgen.

Die CDU spreche sich für eine Richtlinie mit weniger Bewertungsspielraum aus, die dann auch weniger Rechtsstreitigkeiten nach sich ziehe. Diese Rechtsstreitigkeiten belasteten die Veranstalter von kulturellen Ereignissen und von Sportereignissen. Diesen sehr stark ehrenamtlich geprägten Bereich wolle die CDU nicht weiter belasten.

MDgt Dr. Diana Hein (MKULNV) entgegnet, sie könne Herrn Hausmann nur bedingt folgen. Herr Hausmann habe wahrscheinlich Gerichtsurteile im Kopf, die ihr nicht präsent seien. Sie wisse auch nicht, wie Herr Hausmann auf die sechs Dezibel komme und auf 59 statt 65.

Den Regelungsinhalt, die Regelungsdichte wolle man nicht ergänzen, sondern man versuche, das schlanker und damit auch für den Vollzug verständlicher zu machen.

Vielleicht könne Herr Hausmann zu den sechs Dezibel noch etwas sagen. Möglicherweise habe er auch ein konkretes Gerichtsurteil vor Augen, das man dann prüfen könne und zu dem man dann in dem Bericht auch noch Stellung nehmen könne.

Wilhelm Hausmann (CDU) antwortet, ihm liege nicht die aktuelle „Juristische Rundschau“ vor und er sei auch kein Jurist. Er verfolge das, was in den Ingenieurzeitungen dazu dargestellt werde. Der Gutachtenumfang habe sich in den letzten Jahren ungefähr vervierfacht.

Vielleicht lasse sich ja die Grundlage von 2009 etwas verkürzen, um das zu verschlanken. Die enthalte ja einen Katalog von drei, vier Punkten, um Einzelschallereignisse sehr stark mit bewerten zu können. Dann werde gesagt: Die Bewertung dürfe sich

insgesamt nicht um mehr als sechs Dezibel erhöhen. – So komme er auf diese sechs Dezibel. Die erreiche man bei der Bewertung relativ locker.

gez. Axel Wirtz
Vorsitzender

2 Anlagen

03.11.2016/23.11.2016

150



LANDESPORTBUND
NORDRHEIN-WESTFALEN

Sportausschuss 16.02.2016

Halbzeitbilanz NRW bewegt seine KINDER!

Walter Schneeloch
Präsident des Landessportbundes NRW

SPORT bewegt NRW



LANDESPORTBUND
NORDRHEIN-WESTFALEN

NRW bewegt seine KINDER!

Grundlagen der Programmarbeit

- Sportvereine im Mittelpunkt
- Vom Ganzttag zur lokalen Bildungslandschaft
- Kinder- und Jugendsportentwicklung im Verbundsystem des NRW Sports



Film „NRW bewegt seine KINDER! – Halbzeitbilanz“
<https://www.youtube.com/watch?v=auChvHD49-w>



**Big Points für das Gelingen von
NRW bewegt seine KINDER! 2015-2020**

**Schwerpunkt I –
Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege**

- **Rahmenvereinbarung** Land – LSB/Sportjugend -
Trägerverbände zur Bewegungsförderung in
Kindertageseinrichtungen
- **Förderprogramm** Kita – Sportverein



Big Points für das Gelingen von NRW bewegt seine KINDER! 2015-2020

Schwerpunkt II – Außerunterrichtlicher Schulsport/Ganztag

- Umsetzung der Formel 3+2+x
- „2“ Stunden Sport im Ganztag durch Vereine
Ganztagsbudgets, Generalverträge –
direkter Zugang des Sports zu den Finanzmitteln
- Ausweitung des Sporthelferprogramms



Big Points für das Gelingen von NRW bewegt seine KINDER! 2015-2020

Schwerpunkt III – Kinder- und Jugendarbeit im Sportverein

- Der Organisationsgrad der Kinder und Jugendlichen im
zivilgesellschaftlichen Sport bleibt stabil
- Deutlich mehr als die aktuell nur ca. 3.500 Vereine
haben Angebote für die Altersgruppe U6

Big Points für das Gelingen von NRW bewegt seine KINDER! 2015-2020

Schwerpunkt IV- Lokale Bildungslandschaften/Netzwerkarbeit

- Die Einbindung des Kinder- und Jugendsports in den **Aufbau lokaler Bildungslandschaften** wird fest verankert
- Das **Fachkräftesystem** in den Bündeln und Verbänden wird enger verzahnt, quantitativ ausgeweitet, qualitativ weiterentwickelt und langfristig abgesichert



ZUSAMMEN wachsen
Das habe ich beim Sport gelernt

In Kooperation mit **WESTLOTTO**

www.beim-sport-gelernt.de

LANDESSPORTBUND
NORDRHEIN-WESTFALEN 



LANDESPORTBUND
NORDRHEIN-WESTFALEN

Kompetenzzentrum für Integration und Inklusion im Sport

Düsseldorf, 16.02.2016

SPORT bewegt NRW



LANDESPORTBUND
NORDRHEIN-WESTFALEN

Das Kompetenzzentrum für Integration und Inklusion im Sport

Drei Leitziele:

- I. Verankerung der Querschnittsaufgabe Integration/Inklusion nach innen.
- II. Bündelung der Expertise. Nutzbarmachung für das Verbundsystem des Sports. Nachhaltige Verankerung als selbstverständlichen Bestandteil in der Sportentwicklung in NRW.
- III. Positionierung als relevanter Akteur im öffentlichen und gesellschaftspolitischen Raum. Vernetzung mit zentralen Partnern.

2 | Sportausschuss, Düsseldorf, 16. Februar 2016

Das Themenfeld Integration



- Umfangreiche Erfahrungen und Erkenntnisse (i.d.R. aus projektbezogenen Kontexten), u.a.
 - Bundesprogramm „Integration durch Sport“ (seit 1989)
 - „spin – sport interkulturell“ – Sport für Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund (2007 – 2015)
 - Integrationskonzepte und -netzwerke der Bünde und Verbände (seit 2012)
 - „Zugewandert und Geblieben – Sport für ältere Menschen aus aller Welt (ZuG)“ (2014 - 2015)
 - „Sport für Flüchtlinge in NRW“ (seit 2015)

3 | Sportausschuss, Düsseldorf, 16. Februar 2016

Das Themenfeld Integration



Langfristiges Handlungskonzept „Von der Willkommenskultur zur Integration“

- Vier Handlungsfelder:
 - Nachhaltige Strukturen in der Fläche schaffen!
 - Vereinsmaßnahmen in der Willkommenskultur fördern!
 - Information und Kommunikation zum Thema „Flüchtlinge und Integration“ fördern!
 - Schulung und Beratung für Mitarbeiter/-innen in der Flüchtlingsarbeit fördern!

4 | Sportausschuss, Düsseldorf, 16. Februar 2016

Das Themenfeld Inklusion



Ausgangspunkt: Die UN-Behindertenrechts-Konvention

1. Schritt: Modellprojekt „Sport und Inklusion im Verein“

(in Kooperation mit dem BRSNW)

- explorativer Bottom-up-Ansatz: Erprobung inklusiver Strukturen, Kulturen und Sportpraktiken
- Handlungskonzept für inklusive Sportvereinsentwicklung in NRW

2. Schritt: Positionspapier Sport und Inklusion

- verbandspolitische Positionierung sowie Orientierungsrahmen für das Verbundsystem in NRW
- Förderung der gleichberechtigten Teilhabe und Gewährung von Wahlmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen im Sport in NRW

5 | Sportausschuss, Düsseldorf, 16. Februar 2016

Das Themenfeld Inklusion



Nächster Schritt: Aktionsplan „Sport und Inklusion in NRW“

- Fünf Handlungsfelder:
 - Sportvereinsentwicklung inklusiv – „Inklusive Angebote der Sportvereine in NRW fördern“
 - Qualifizierung inklusiv – „Aus- und Weiterbildungsangebote zum Thema Inklusion und Sport entwickeln und anbieten“
 - Kooperation und Vernetzung inklusiv – „Den organisierten Sport als relevanten Inklusionsakteur etablieren“
 - Sportarten inklusiv – „Gleichberechtigte Teilhabe sportartspezifisch gewährleisten“
 - Zugänglichkeit inklusiv – „Sporträume, Information und Kommunikation barrierefrei gestalten“

6 | Sportausschuss, Düsseldorf, 16. Februar 2016